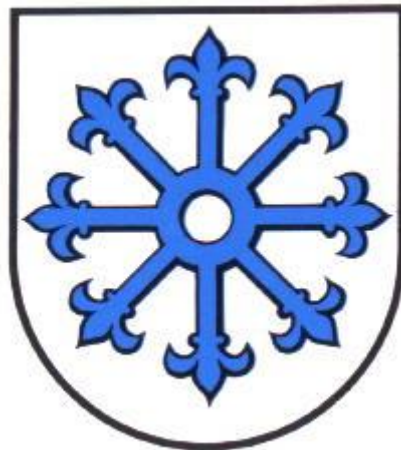


# **Gebührenreglement zur Bauordnung**

**der**

**Gemeinde Brunegg**



Der Gemeinderat erlässt gestützt auf § 17 der Bauordnung der Gemeinde Brunegg vom 26. August 1980/12. Mai 1987 das nachstehende

### *Gebührenreglement*

1. Für die Behandlung von Baugesuchen und Gesuchen um Vorentscheide sind folgende einmalige Gebühren zu entrichten:
  - a) für Vorentscheide:  
0,5 o/oo der geschätzten Bausumme, ohne Anrechnung bei Erteilung der Baubewilligung, mindestens aber Fr. 70.--.
  - b) für bewilligte Baugesuche:  
2,0 o/oo der errechneten Bausumme, für Gebäude auf Grund der nach SIA-Normen berechneten Baukosten, mindestens aber Fr. 70.--. Dazu kommen die effektiven Inseratkosten für die Publikation.  
  
Die promillemässig ermittelte Baubewilligungsgebühr wird ermässigt um die nach Ziff. 3 hienach separat erhobenen effektiven Kosten einer externen Bauverwaltung.  
  
Durch diese Ermässigung darf der für die Erfüllung allg. Bauverwaltungsaufgaben der Gemeinde verbleibende Betrag den Satz von 1,0 o/oo der errechneten Bausumme nicht unterschreiten.  
  
Die Gebühren werden geschuldet, auch wenn von der erteilten Bewilligung kein Gebrauch gemacht wird.  
  
Bei Bauten oder Bauteilen, für welche nach Bauvollendung das Aarg. Versicherungsamt (AVA) einen Brandversicherungswert festlegt, wird die Gebühr auf Grund dieses Wertes neu berechnet. Bei einer Abweichung zu der nach lit. b berechneten Gebühr von mehr als Fr. 100.-- wird die Differenz in Rechnung gestellt bzw. erstattet.
  - c) für abgelehnte und zurückgezogene Baugesuche:  
Nach Aufwand im Rahmen des Gebührensatzes für bewilligte Gesuche, mindestens aber Fr. 70.--.
2. Entstehen wegen Einreichung mangelhafter Baugesuche Mehrarbeiten oder werden durch Nichtbefolgung der Bauordnung oder von erteilten Baubewilligungen zusätzliche Aufwendungen, Besichtigungen, Kontrollen etc. notwendig, so sind diese in jedem Fall zu ersetzen.
3. Die effektiven Kosten einer externen Bauverwaltung für Profilkontrolle, die bau- polizeiliche Prüfung und Bearbeitung des Baugesuches einschliesslich Brand-, Lärm-, Wärme- und Zivilschutz und die gesetzlich vorgeschriebenen Baukontrollen sind von der Bauherrschaft zusätzlich zu ersetzen.

4. Die Kosten für Gutachten, spezielle Beaufsichtigungen, Messungen und Kontrollen sind durch den Verursacher zu entrichten.
5. Für die Benützung des öffentlichen Grundes nach § 21 Bauordnung wird nach Massgabe von Umfang und Dauer beim Unternehmer eine Gebühr von Fr. 50.-- bis Fr. 1'000.-- erhoben.
6. Die Gebühren nach diesem Reglement werden vom Gemeinderat festgelegt.
7. Die Gebühren werden innert 30 Tagen ab Zustellung des Bauentscheides fällig. Nach Ablauf der Zahlungsfrist wird ein Verzugszins in der Höhe des Zinssatzes der Aarg. Kantonalbank für 1. Hypotheken geschuldet.
8. Der Gemeinderat ist berechtigt, für Baugesuche mit einer Bausumme von mehr als 5 Millionen Franken den Gebührensatz nach Ziff. 1b hievor ausnahmsweise den besonderen Verhältnissen anzupassen, wenn die Anwendung des Gebührenreglementes unangemessen wäre oder durch die Anwendung ein offensichtlicher Härtefall entstehen würde.
9. Der Gemeinderat kann vom Gesuchsteller einen Kostenvorschuss verlangen und die Behandlung des Gesuches von dessen Leistung abhängig machen.
10. Dieses Gebührenreglement tritt mit dessen Genehmigung durch die Gemeindeversammlung in kraft.

Beschlossen vom Gemeinderat am 9. Oktober 1995

Genehmigt durch die Gemeindeversammlung vom 27. November 1995

**Die Anschlussgebühren für Wasser und Abwasser sind im Erschliessungsreglement geregelt**